

NDB-Artikel

Maximilian (*Max*) Prinz von Baden, Reichskanzler, * 10.7.1867 Baden-Baden, † 6.11.1929 Konstanz. (evangelisch)

Genealogie

V →Wilhelm Prinz v. B. (1829–97), preuß. Gen. d. Inf., Mitgl. d. Reichstags (1871–73) (s. ADB 52; Priesdorff VII, S. 288 f., *P*), *S* d. Ghzg. →Leopold v. B. († 1852, s. NDB 14) u. d. Sophie Prn. v. Schweden;

M →Maria (1841–1914), *T* d. Maximilian Hzg. v. Leuchtenberg, Fürst →v. Eichstätt (1817–52), russ. Gen., u. d. Maria Großfürstin v. Rußland;

Ov Ghzg. Friedrich I. v. B. († 1907, s. NDB V);

Vt Ghzg. →Friedrich II. v. B. (1857–1928. s. NDB X*);

– ♂ Gmunden 1900 →Marie Louise (1879–1948), *T* d. →Ernst August (1845–1923), Kronprinz v. Hannover, Hzg. v. Braunschweig-Lüneburg. u. d. Thyra Prn. v. Dänemark;

1 *S*, 1 *T* Mgf. →Berthold v. B. (1906–63), →Marie Alexandra (1902–44, ♂ →Wolfgang Prinz v. Hessen, * 1896).

Leben

Nach humanistischer Ausbildung wurde M. preuß. Offizier; 1911 nahm er als Generalmajor seinen Abschied. Nach dem Tode des Ghzg. Friedrich von Baden (1907) wurde er designierter Nachfolger seines kinderlosen Vettters Friedrich II. und Präsident der Ersten Bad. Kammer. M. entwickelte lebhaftes Interesse an geistigen wie künstlerischen Strömungen seiner Zeit. Zu dem religiösen Schriftsteller und Erzieher →Johannes Müller, der später auf Schloß Elmau wirkte, trat er in freundschaftliche Beziehung. Nach dem Kriegsausbruch 1914 gehörte M. als Vertreter des Großherzogs dem Stab des Generalkommandos des XIV. Armeekorps an, dem die bad. Truppen unterstanden (zuletzt General d. Kav. à la suite). Die Unzufriedenheit mit seiner Stellung und seine schwache Gesundheit veranlaßten seine baldige Rückkehr in die Heimat. Im Oktober 1914 übernahm er den Ehrenvorsitz des Gesamtvorstandes des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz. Damit begann eine rege Fürsorgetätigkeit zugunsten der Kriegsgefangenen außerhalb wie innerhalb Deutschlands, wobei M. seine engen verwandtschaftlichen Beziehungen zum russ. wie zum schwed. Hof sowie Schweizer Verbindungen zu nutzen wußte und die Bemühungen des Weltbundes der Christl. Vereine Junger Männer (Y M C A) unterstützte, dessen amerikan.-deutscher Kriegsgefangenenhilfe er seit 1916 als Ehrenpräsident vorstand.

Seine Tätigkeit in der Gefangenenfürsorge, die ihn auch mehrmals in das neutrale Schweden führte, sowie sein liebenswürdiges, tolerantes Wesen verschafften M. das Ansehen einer weltgewandten, dem engen Nationalismus und der amtlichen Kriegspolitik distanziert gegenüberstehenden Persönlichkeit von geistigem und moralischem Rang. Dennoch einer breiteren Öffentlichkeit unbekannt, verdankte er seine spätere Ernennung zum Reichskanzler vor allem Kurt Hahn (1886–1974), der seit Frühjahr 1917 in der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes tätig war. Hahn unterhielt auch Verbindungen zu Staatssekretär Wilh. Solf und einigen Reichstagsabgeordneten, wie dem Sozialdemokraten Eduard David und dem innerhalb der Fortschrittlichen Volkspartei einflußreichen Conrad Haußmann. David wirkte bereits Anfang Juli 1917 zugunsten einer Ernennung M.s zum Reichskanzler. Dieser bot sich – erfolglos – Anfang September 1918 Kaiser Wilhelm II. selbst an und verwies hierbei auf seine Verbindung zur Sozialdemokratie. Als sich Georg Graf v. Hertling zum Rücktritt veranlaßt sah, empfahl er, nach Rücksprache mit Vizekanzler Friedrich v. Payer (Fortschrittliche Volkspartei), M. dem Kaiser gegenüber als seinen Nachfolger. Doch erst auf dringendes Verlangen Haußmanns und auf Drängen des Verbindungsmannes der Obersten Heeresleitung zum Auswärtigen Amt, Oberst v. Haeften, vor allem Ludendorffs, kam die Berufung zum Reichskanzler am 3.10.1918 zustande. M. hatte seinen Parteigängern gegenüber bekannt, daß er eigentlich kein Politiker sei, daß er zwar für die Mitarbeit der Sozialdemokratie eintrete, aber eine fortschreitende Demokratisierung und Parlamentarisierung während des Krieges nicht befürworte. Eine Reform der Reichsverfassung und eine Beseitigung der Monarchie im Deutschen Reich schwebten ihm nicht vor.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und die Oberste Heeresleitung hatten inzwischen die Absendung eines Waffenstillstands- und Friedensersuchens an den Präsidenten der Vereinigten Staaten verlangt und beim Kaiser wie im Reichskabinett durchgesetzt. M. bemühte sich um eine die deutschen Interessen wahrende Interpretation der „Vierzehn Punkte“ Präsident Wilsons. Der deutschen Friedensnote an den amerikan. Präsidenten folgten in den nächsten Wochen in den Antwortnoten Bedingungen, die vor Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen, die erst am 7. November aufgenommen wurden, erfüllt werden mußten. In diesen 32 Tagen hat M. als Reichskanzler, ständig beraten von Kurt Hahn, dem Geh. Legationsrat Simons und Haußmann, mit den Vertretern der Mehrheitsparteien im Kreise des Kriegskabinetts, dem außer Vizekanzler Payer die aus den Parteien kommenden Staatssekretäre Gröber, Trimborn, Erzberger, Haußmann, Scheidemann und Bauer sowie der Staatssekretär des Auswärtigen, Solf, angehörten, folgenreiche Entscheidungen getroffen, die zu einem Teil durch die amerikan. Noten provoziert wurden, aber auch dem Programm der Mehrheitsparteien entsprachen. Hierzu gehörten die Einführung der parlamentarischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Reichsregierung sowie des preuß. Kriegsministers, die letzte Entscheidung für das allgemeine, gleiche Wahlrecht in Preußen, die Ersetzung des Statthalters von Elsaß-Lothringen durch den aus dem Reichslande kommenden Straßburger Oberbürgermeister Schwander, die Ernennung eines elsäss. Zentrumsabgeordneten zum Staatssekretär für Elsaß-Lothringen und eine Reihe weiterer personeller Veränderungen. Bei

der Verabschiedung des preuß. Kriegsministers General Hermann v. Stein und des Chefs des geheimen Zivilkabinetts Frdr. v. Berg am 7. Oktober wie bei der Entlassung des Generalquartiermeisters Ludendorff am 26. Oktober hat M. Zielbewußtsein und klare Einsicht in die Situation bewiesen. Er konnte sich auf die Hilfe Hahns stützen, der auch an der Ausarbeitung der Reden des Reichskanzlers Anteil nahm sowie an der Propagierung einer moralisch fundierten Politik, die als „ethischer Imperialismus“ eine schlagwortartige Bezeichnung fand. Eine umfangreiche Amnestie politisch Verurteilter, die u. a. →Karl Liebknecht die Freiheit wiedergab, wurde auf Verlangen sozialdemokratischer Politiker herbeigeführt. Die Zusammenarbeit von bürokratischen, militärischen und politischen Spitzen des Reiches mit den führenden Männern der größten Parteien und mit den Bundesstaaten war zwar nicht in jedem Punkte reibungslos, funktionierte jedoch, was keine unbedeutende Voraussetzung für den späteren Verlauf der revolutionären Umwälzung bildete.

Das feindliche Ausland hegte Mißtrauen gegenüber M., dem Angehörigen eines deutschen Herrscherhauses, was durch die Veröffentlichung eines Privatbriefes an den in der Schweiz lebenden Prinzen Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst von Anfang 1918 verstärkt wurde: M. hatte sich kritisch zu einer Parlamentarisierung und ablehnend zur Friedensresolution des Reichstags geäußert. Als durch die dritte amerikan. Note die Abdankung des Kaisers zur Friedensvorbedingung gemacht zu werden schien, wandte sich M. am 1. November an die herrschenden Fürsten mit einer Anfrage, ob sie mit der Abdankung des Kaisers einverstanden seien; der Umsturz in den deutschen Staaten eine Woche später machte eine Antwort überflüssig. M., der auf eine Entscheidung des Kaisers drängte, hat schließlich in später Stunde dessen Abdankung am 8. November bekanntgegeben und gleichzeitig seinen eigenen Rücktritt dergestalt vollzogen, daß er am 9.11. die Obliegenheiten des Reichskanzlers dem Führer der stärksten Reichstagspartei, dem Sozialdemokraten →Friedrich Ebert, übergab, um den Übergang in eine neue Staatsordnung einzuleiten, die auch von den Kriegsgegnern respektiert wurde.

M. ist nicht als starker und entscheidungsmächtiger Reichskanzler in die Geschichte eingegangen. Doch seine verständnisvolle und tolerante Haltung gegenüber den treibenden Kräften hat ihn für einige Wochen, als die Bedeutung des Kaisers zu schwinden begann, zur unentbehrlichen Persönlichkeit an der Spitze der politischen Führung des Reiches werden lassen. Durch ein engeres Zusammenwirken der künftigen tragenden Mehrheit des Reichstags und ihren Parteien mit den militärischen und administrativen Organisationen und Institutionen der Monarchie konnte der Übergang zu einer neuen politischen Ordnung eingeleitet werden.

Nach seinem Rücktritt vom Reichskanzleramt zog sich M. aus der Politik zurück. Auf Schloß Salem widmete er sich nun seinen erzieherischen Idealen.

Zusammen mit Kurt Hahn gründete er die bald weltweit berühmte Schloßschule Salem, die zur Heranbildung einer neuen Elite in Deutschland beitragen sollte. Die Salemer Grundsätze, die auf der Erziehung zur Selbstkontrolle und zur Gemeinschaft basierten, fanden später auch außerhalb Deutschlands

Nachahmung. Wie Hahn sah M. eine wichtige Aufgabe der Pädagogik im Bemühen, Fähigkeiten der Kindheit – wie Vitalität, Bewegungsfreude, Neugier und Mitgefühl – über die Pubertät hinaus zu erhalten. Auch an den schriftstellerischen Arbeiten M.s, die schließlich in einem Erinnerungswerk ihren Abschluß fanden, hatte Hahn großen Anteil.

Werke

Völkerbund u. Rechtsfriede, 1919;

Die moral. Offensive, 1921;

Erinnerungen u. Dokumente, 1927, neu hrsg. v. G. Mann u. A. Burckhardt, 1968 (Einl. v. G. Mann, *P*).

Literatur

K. Gf. Westarp, Die Regierung d. Prinzen M. v. B. u. d. Konservative Partei 1918, 1928;

E. Matthias u. |R. Morsey (Bearb.), Die Regierung d. Prinzen M. v. B., 1962;

H. Potthoff (Bearb.), Friedrich v. Berg als Chef d. Geh. Zivilkabinetts 1918, Erinnerungen aus s. Nachlaß, 1971.

Autor

Gerhard Schulz

Empfohlene Zitierweise

, „Maximilian“, in: Neue Deutsche Biographie 16 (1990), S. 475-477 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/>.html

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
